

Cottbuser

Herzblatt

Chośebuska wutšobka

Die linke Zeitung aus der roten Ecke

18. Jahrgang / Nr. 07 (227)

Juli/August 2011

Bitte 0,75 Euro spenden

**Sehr geehrte
„Herzblatt“-Leser!
Wir wünschen Euch
einen wunderschönen
erholsamen Sommer!
Bis zum September!**

Verdammt lange her, doch nicht vergessen: Der 22. Juni 1941, Beginn eines grausamen Krieges

Für den preußischen Kriegsphilosophen General Carl von Clausewitz (1780-1831) war der Krieg ein Akt der Gewalt, um dem Gegner zur Erfüllung (unseres) Willens zu zwingen (siehe in „Vom Kriege“).

Doch jener Krieg war anders und sollte alles bisher gewesene Kriegsgeschehen in seiner Grausamkeit und Heftigkeit in den Schatten stellen.

Der Krieg Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion war von Anfang an als bis dahin beispielloser Raub- und Vernichtungskrieg konzipiert. Und so kam er in den Morgenstunden jenes 22. Juni 1941 auch zur befehlsgemäßen Ausführung. Beispielhaft für das besonders hohe Maß an Menschenverachtung und Brutalität, mit der das faschistische Deutschland den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen gedachte, sei auf die Beratung Hitlers mit rund 250 Generälen und höheren Offizieren der Wehrmacht am 30. März 1941 verwiesen.

Für Hitler sollte demnach der Russland-Krieg ein „Weltanschauungskampf“ um die „Ausrottung des Kommunismus für alle Zeiten“ durch die „Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und kommunistischen Intelligenz“ werden.

Was dem folgte, waren Kommissarbefehle, Anweisungen zur Behandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen, ein Sonderauftrag von Hitler an Himmler (SS) zur Ermordung „jüdisch-bolschewistischer“ Bevölkerungsteile und der Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit und Anderes.

Gerade dieser und andere Befehle und Weisungen hatten den Charakter von Freibriefen, der auch der Wehrmacht ihren verbrecherischen Stempel

aufdrücken sollte. Es waren eben nicht nur SS- und SD-Einsatzgruppen, die sich in kriegsverbrecherischer Weise schuldig machten. Neben der militärischen Eroberung und Vernichtung der Sowjetunion plante man auch bis ins Detail ihre wirtschaftliche Ausplünderung und die Ausrottung ihrer Bevölkerung.



Verantwortlich für die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete zeichnete Reichsmarschall Hermann Göring, Ja, und ausgerechnet der dicke Göring sagte in einem Gespräch mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano im November 1941 folgenden Satz: „In diesem Jahr werden in Russland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern. Und vielleicht ist das gut so, denn gewisse Völker müssen dezimiert werden.“

Später sollten dieser Strategie des Aushungerns, allein während der Blockade Leningrads, über eine Million Menschen zum Opfer fallen. Ebenso in die Schreckensbilanz Hitlerischen Treibens gehören die Millionen sowjetischen

Kriegsgefangenen, die man schlicht verhungern ließ.

Sinnigerweise - genau 129 Jahre nach Napoleon, gefiel es nun dem Führer Adolf Hitler, in Russland sein Kriegsglück zu versuchen. Napoleon war gescheitert, Hitler wird scheitern, das wusste man.

Aber davor war ein weiter Weg aus Blut, Tränen, Zerstörung, Entbehrungen, Rückzug, Angriff und Niederlage zurückzulegen. 1418 Tage waren es - bis zum Sieg. Besonders die Anfangsphase dieses Großen Vaterländischen Krieges war für die Völker der Sowjetunion opferreich und schmerzvoll.

Dass die Wehrmacht trotz erbitterten Widerstandes der Roten Armee solche Anfangserfolge erzielen, und dass sie so weit ins Land vorstoßen konnte, das dürfte auch auf das Stalinsche Schuldkonto gehen.

Denn der rote Bruder Stalin hat es seinem braunen Bruder Hitler etwas leicht gemacht, indem er im Zuge seiner Säuberungen auch die Rote Armee nicht verschonte. So wurde die Hälfte des gesamten Offiziersbestandes von Armee und Flotte Opfer des Stalinschen Putzfirmels. In Zahlen: Rund 35 000 Mann. Von 6000 höheren Offizieren ab Oberst wurden allein 1500 hingerichtet (siehe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“, Band 4, Seite 51, DVA 1983). Damit fehlten auf allen Ebenen gut ausgebildete und erfahrene Kommandeure, was der gemeine sowjetische Soldat oft mit seinem Blut bezahlen musste. Vermeidbares Blut, kostbares Blut.

Einer, der dieser Hölle lebend entkam, war Konstantin Rokossowski. Unter Spi-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Verdammt lange her, doch nicht vergessen: Der 22. Juni 1941, Beginn eines grausamen Krieges

(Fortsetzung von Seite 1)

onagevorwurf festgenommen, überstand er Rippenbrüche, das Ausschlagen von Zähnen und mehrere Scheinhinrichtungen, ehe er überraschend freikam. Im Krieg erfüllter er als Armee- und Frontbefehlshaber seine „Soldatenpflicht“ (Titel seiner Memoiren) und stieg zum Marschall auf. Nach dem Sieg kommandierte er die Siegesparade.

Auch solcherart Verirrungen der Geschichte sollten bei der Reflexion auf den 22. Juni nicht ausgeblendet werden.

Trotz alledem: Die deutsche Blitzkriegstrategie kam in den Weiten Russlands zum Erliegen. Vor Moskau gelang es, der sieggewohnten Wehrmacht ihre erste große Niederlage beizubringen. Aber ehe die Hitlerarmee endgültig geschlagen war, verzeichnet die Chronik noch viele Schlachten. An dieser Stelle seien nur das „Cannae des 20. Jahrhunderts“, die Stalingrader Schlacht und die größte Panzerschlacht am Kursker Bogen erwähnt.

Nach dem sowjetischen (!) Endsieg in Berlin hieß es auch, den Preis des Sieges zu ermitteln.

Nach Schätzungen des britischen Historikers Prof. Richard Overy wurden durch die faschistischen Raubritter bei ihrem mit deutscher Gründlichkeit durchorganisierten Kriegsverbrechen – Vernichtungskrieg gegen die UdSSR – 70 000 Dörfer, 1700 Städte, 32 000 Fabriken und 65 000 Schienenkilometer zerstört. Vor allem aber verloren über 27 Millionen Sowjetbürger ihr Leben. In Uniform und in Zivil!

Soviel zum geschichtlichen Rahmen des 22. Juni 1941 und seinen Folgen. Das kann man sich nun als Bild aufhängen, drüber nachdenken und seine Schlussfolgerungen ziehen. Denkbar und wünschenswert wäre doch, was Prof. Wolfram Wette meint: „...Es wäre daher mehr als nur eine Geste, wenn der Deutsche Bundestag in der am 27. Januar eines jeden Jahres abgehaltenen Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus endlich auch einmal einen Repräsen-

tanten der ehemaligen Sowjetunion zu Wort kommen lassen könnte, der es sich zur Aufgabe machte, an diese Opfer des deutschen Vernichtungskrieges zu erinnern“ (aus: „DIE ZEIT“, Geschichte, Heft 2/2011).

Es hätte der Bundesrepublik anno 2011 in der Tat gut zu Gesicht gestanden, hätte sie ganz staatsoffiziell dem Beginn des Unternehmens Barbarossa am 22. Juni 1941 gedacht. Ob es an den vielen braunen Flecken auf der bundesdeutschen Weste lag?

So musste die Partei DIE LINKE. und ihre Bundestagsfraktion einspringen und die Arbeit aller übrigen Fraktionen, insbesondere die der Regierung, machen. Sie hat es als einzige Bundespartei fertiggebracht, in angemessener und würdiger Form diesem Schreckensdatum zu gedenken.

Ist das nicht ein traurig Zeugnis von diesem Land? Das sich andererseits aber schon wieder weltweit an neuen Kriegen beteiligt....

René Lindenau

Aktivenkonferenz der LINKEN in Brandenburg

Bei herrlichstem Wetter und auch ein möglich langes Wochenende durch den Herrentag-Feiertag ignorierend, trafen sich Aktive aus den Kreisverbänden des Landes Brandenburg zu einer zweitägigen Beratung in Erkner.

Aus dem Kreisverband Lausitz waren wir fünf Vertreter, die sich in den unterschiedlichsten thematischen Workshops einbrachten und die Projekte im Rahmen des Beschlusses zur Parteireform weiterentwickelten.

20 Teilnehmer interessierten sich für das Thema „Kleine Zeitungen“ im Landesverband. Etwa 20 kleine Zeitungen gibt es im Landesverband Brandenburg mit einer Auflage von rund 125 000 Exemplaren. Vorwiegend sind es offene Zeitungen, sprich für die Bürger der Kommunen und weniger Mitgliederzeitungen.

Aber alle Zeitungen haben den Anspruch, Mitglieder und Bürger über Linke-Positionen, Sichten, Aktivitäten und Ergebnisse zu informieren.

Was passiert im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag, im Landtag? Und welche Auswirkungen hat das auf die Kommune, sprich vor Ort? Welche Inhalte werden in der Stadtverordnetenversammlung mit welchen Auswirkungen für die Bürger und mit welchem Abstimmungsverhalten der einzelnen Stadtverordneten zum Sachverhalt beraten und beschlossen?

„Schreiberlinge“ gesucht

Das alles braucht auch „Schreiberlinge“, Genossen und Kollegen, die es aufschreiben.

An dieser Stelle einen sehr herzlichen Dank an Alle, die das „Cottbuser Herzblatt“ mit ihren Beiträgen über die Jahre bereicherten und bereichern.

Am Rande des Erfahrungsaustausches war es beruhigend, zu hören: LINKE können sich nicht kurz fassen! Und ich dachte schon immer, das ist ein Lausitzer bzw. Cottbuser Problem, wenn wir in der Redaktionskommission die „langen Riesen“ (riesig lange Artikel) vor uns liegen hatten. Erschließen müssen auch wir im „Cottbuser Herzblatt“ die verstärkte Information und Kommentierung rot-roter Regierungsarbeit. Und am besten auch mit Gastbeiträgen zu Pro und Kontra, als Unterstützung der Meinungsbildung für den Einzelnen.

Nach rund sechs Jahren Redaktionskommissionsvorsitzende des „Cottbuser Herzblattes“ war es für mich sehr hilfreich, über breit gefächerte Erfahrungen um und bei der Arbeit an kleinen Zeitungen zu hören. Und ich bekam so manche Inspiration.

Annely Richter,

*Vorsitzende Redaktionskommission
„Cottbuser Herzblatt“*

Dieter Sperling berichtet:

Das erste Halbjahr 2011 in der Stadtverordnetenversammlung

Haushalt 2011

In der Stadtverordnetenversammlung im Mai wurde nach mehrmonatiger Diskussion der Haushalt 2011 beschlossen. Seit August vergangenen Jahres erfolgten umfangreiche Diskussionen in Arbeitsgruppen und in den Ausschüssen.

Wie bereits in der Januar-Ausgabe des „Herzblattes“ informiert, erhielt die Stadt aus dem Liquiditätsfonds des Landes 13,5 Millionen Euro, musste aber im Gegenzug 500 000 Euro bei freiwilligen Ausgaben kürzen. Als weitere Auflage sollte die CMT umstrukturiert werden. Nach außen sichtbar ist davon die Umsetzung der Parkeisenbahn zum Cottbusverkehr erfolgt. Auch die Koordinierung und Neuordnung von Verwaltungsaufgaben, um Mittel einzusparen, mit dem Landkreis Spree-Neiße, hat erste Anfänge genommen.

Die Auflage der Kommunalaufsicht, dass nur jede fünfte in der Stadtverwaltung freiwerdende Stelle wieder neu besetzt werden darf, zeigt bereits deutliche Spuren für den Bürger. Längere Wartezeiten bei der Antragsbearbeitung lassen sich nur noch durch Umsetzung von Mitarbeitern in diese Schwerpunktbereiche verkürzen, dadurch bleibt aber an anderen Stellen Arbeit liegen.

Die Genehmigung des Haushalts 2011 ist fraglich. Die jeweiligen Defizite durch nicht ausfinanzierte Aufgaben, die durch Land und Bund als Pflichtaufgaben übertragen wurden, bleibt im Bereich von jährlich 30 Millionen Euro. 2010 wurde der Haushalt schon nicht genehmigt, jedoch gestattete die Kommunalaufsicht noch den Beginn neuer Investitionen. Auch das ist für 2011 in Frage gestellt. Zu erwarten ist, dass das Haushaltssicherungskonzept noch einmal überarbeitet werden muss, dass neue Kürzungen bei freiwilligen Leistungen von der Kommunalaufsicht gefordert werden.

Öffentlicher Personen-Nahverkehr Cottbusverkehr

Im Haushaltssicherungskonzept 2010 war festgelegt worden, dass im Jahr 2011 Cottbusverkehr 500 000 Euro und im Jahr 2012 eine Million Euro weniger Zuschuss von der Stadt erhält. In diesem

Jahr kam eine zusätzliche Mittelkürzung durch das Hand von rund 280 000 Euro hinzu. Weiterhin verlor Cottbusverkehr infolge einer Neuausschreibung durch den Landkreis Spree-Neiße ein Linienbündel nördlich von Cottbus. Süffisant ist, dass der „billigere“ Anbieter, der den Zuschlag erhalten hat, diesen Auftrag gar nicht erfüllen kann und sich daher Cottbusverkehr als Subunternehmer nehmen musste.

Gleichzeitig sind erhebliche Kostensteigerungen bei Bahnstrom, und Diesel zu verzeichnen. Es sind aber auch leichte Anstiege der Fahrgastzahlen zu verzeichnen. Diese Tendenz soll durch eine Neuausrichtung des Marketings von Cottbusverkehr stabilisiert werden.



Allerdings kann jeder einsehen, dass man bei erheblich weniger bereitgestellten Mitteln nicht den Bus- und Straßenbahnverkehr in gleichem Umfang aufrechterhalten kann. Es erfolgten Linienebrechungen, zum Beispiel bei der Buslinie 13, und Ausdünnungen des Verkehrs in den Abendstunden. Beides hat dem Unternehmen Kritik eingebracht. Unter den bestehenden finanziellen Bedingungen gibt es jedoch keine anderen Möglichkeiten mehr.

Allerdings dürfte die weitere Einkürzung der Zuschüsse 2012 drastische weitere Einschränkungen in der innerstädtischen öffentlichen Personenbeförderung zur Folge haben. Daher werden die Stadtverordneten im August diese Maßnahme erneut prüfen.

Wegen der noch ungelösten Finanzierung neuer Triebwagen und der Netzerweiterung/-anpassung der Straßenbahn haben sich die Fraktionen DIE LINKE. und SPD/Grüne an die Minister

der Landesregierung um Unterstützung gewandt. Wohlwollende Antworten liegen vor, ob sie jedoch praktische Wirkung haben werden, wird sich zeigen.

Altanschießerbeiträge

Aus Gesprächen, die wir in den letzten Monaten mit Betroffenen geführt haben, muss noch einmal ganz klar formuliert werden, dass die Erhebung von Altanschießerbeiträgen kein Beschluss der Stadtverordneten ist. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in mehreren Urteilen bestimmt, dass Grundstücke, die bereits vor dem 3. Oktober 1990 an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen waren, Kanalanlassbeiträge zu entrichten haben. Dadurch soll der Vorteil, den sie durch Investitionen in die Abwasserbehandlungsanlagen erhalten, ausgeglichen werden.

Das 2004 erlassene Kommunalabgabengesetz regelt dafür die Rahmenbedingungen. Dieses gesetzte Recht hat die Stadtverwaltung umzusetzen. Dafür bedarf es keines Beschlusses der Stadtverordneten. Etwa 9000 Grundstückseigentümer sind davon betroffen. Die Bescheide für die Beiträge sind in Arbeit. In einer Arbeitsgruppe von Stadtverwaltung und Stadtverordneten wurde über die praktische Umsetzung, besonders bei Härtefällen, beraten.

Im Ergebnis wurde eine interne Dienstweisung der Verwaltung dahingehend geändert, Stundungen der Beiträge und in besonderen Härtefällen auch einen Verzicht von Stundungszinsen zu ermöglichen.

In der Arbeitsgruppe wurde zugesagt, dass die Verwaltung bereit ist, mit allen Betroffenen im persönlichen Gespräch auf der Grundlage der Dienstweisung individuelle Lösungen zu finden.

Bei einem Arbeitsversuch in der LWG haben wir uns darüber informiert, wofür diese Einnahmen verwendet werden sollen. Durch Sanierung des Kanalnetzes und andere Rationalisierungsinvestitionen sollen die Abwasserpreise in den kommenden Jahren stabil gehalten werden.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das erste Halbjahr 2011 in der Stadtverordnetenversammlung

(Fortsetzung von Seite 3)

Benutzungs- und Entgeltordnung der Bibliothek

Wie schon erwähnt, wurde im Haushaltssicherungskonzept festgelegt, dass kommunale Einrichtungen mehr Einnahmen generieren müssen. Dementsprechend sind die Entgeltordnungen zu überarbeiten. So auch die für die Stadt und Regionalbibliothek. In der von der Stadtverwaltung eingebrachten Vorlage war vorgesehen, dass Kinder erstmals ein Nutzungsentgelt bezahlen sollen. Diese Idee konnten wir nicht mittragen.

Die festgelegten 10 000 Euro höheren Eigenanteil wollten wir nicht über die Entgelte erwirtschaften lassen. Es wäre zu befürchten, dass dadurch Kindern der Zugang zum Lesen erschwert wird. Gemeinsam mit der Fraktion SPD/Grüne brachten wir den Vorschlag ein, dass Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres von der Entgeltzahlung ausgenommen werden und dafür die Mahngebühren für Überschreitung der Leihfristen erhöht werden. Durch Letzteres wird gleichzeitig ein erzieherischer Effekt erreicht. Dieser Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung im Juni mehrheitlich angenommen.

Mindestfraktionsstärke

Im April hatte das Landesverfassungsgericht in einem Urteil die Festlegung in der Kommunalverfassung zur Mindestfraktionsstärke von vier Mitgliedern für nichtig erklärt. In der Urteilsbegründung wird darauf verwiesen, dass diese Regelung Sache der Kommunalvertretungen ist. Die Kommunalverfassung hatte also unzulässig in die Selbstbestimmung der Städte und Gemeinden eingegriffen. Es stellte aber auch weiterhin fest, dass es in der Vergangenheit auf kommunaler Ebene nicht zu willkürlichen Festlegungen von Fraktionsmindeststärken gekommen war.

Um für die Stadtverordnetenversammlung Cottbus auch künftig eine mögliche Willkür bei der Festlegung der Mindeststärke der Fraktionen auszuschließen, stellten die Fraktionen DIE LINKE. und AUB einen Antrag zur Geschäftsordnung, in dem die Mindestfraktionsstärke auf

drei Stadtverordnete bestimmt wird. Wir orientieren uns an der in Deutschland gängigen parlamentarischen Praxis, wie zum Beispiel der Geschäftsordnung des Bundestages. Dementsprechend soll zur Bildung einer Fraktion die Zahl von mindestens fünf Prozent der gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung notwendig sein, was der beantragten Zahl drei entspricht.

Aufnahme von Beiräten in die Hauptsatzung

Um ihren Stellenwert im demokratischen Spektrum zu erhöhen, forderten Behinderten- und Seniorenbeirat, dass sie in die Hauptsatzung aufgenommen werden und ihre Wahl und Berufung durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgte. Nach langer Diskussion über die Modalitäten erfolgte eine Änderung der Hauptsatzung im April. Die erste Wahl der Mitglieder der Beiräte erfolgte im Juni in der Stadtverordnetenversammlung.

Kommunales Rechenzentrum

Die Datenverarbeitung für die Stadtverwaltung erfolgte bisher durch ein Rechenzentrum in Ulm. Die Stadtverordnetenversammlung hat im Mai beschlossen, in Cottbus einen Eigenbetrieb zu gründen, der diese Aufgabe übernehmen soll. Vorgesehen ist, dass er zukünftig erweitert werden soll, um auch für umliegende Kommunen und Landkreise Dienstleistungen zu übernehmen.

Unsere Fraktion hat beantragt, dass in den Werksausschuss ein Arbeitnehmervertreter aufgenommen wird, damit sie in diesem Kontrollgremium die Interessen der Mitarbeiter vertreten können.

„Bündnis für eine soziale Stadt“

Das Programm „Soziale Stadt“ verfolgt das Ziel, in Wohnquartieren mit sozialen Brennpunkten oder die vom Stadtbau stark betroffen sind, durch vielfältige Maßnahmen Konflikte friedlich zu lösen. Menschen sollen für eine positive Quartiersentwicklung mobilisiert werden.

Aus diesem Programm werden zum Beispiel die Stadteilmanager finanziert. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilität unserer Stadt. Die Bundesregierung hat im Jahr

2011 die Finanzen des Programms auf weit mehr als die Hälfte zusammengestrichen. Mit diesen sollen nur noch Investitionen gefördert werden. Das hätte in Zukunft den Abbruch einer positiven Entwicklung auch in unserer Stadt zur Folge. Daher haben die Fraktionen DIE LINKE und SPD/Grüne einen gemeinsamen Antrag eingebracht, dem „Bündnis für eine soziale Stadt“ beizutreten, um mehr Druck auf den Bund auszuüben, 2012 wieder Mittel in Höhe des Jahres 2010 dafür bereitzustellen. Der Antrag wurde mehrheitlich im März angenommen.

Platz der deutschen Einheit

Obwohl der Vorschlag der CDU-Jugend sehr umstritten war, verschloss sich unsere Fraktion nicht der Diskussion. André Groß vertrat DIE LINKE. in einem für die Namensgebung gebildeten Ausschuss.



Am 15. Juni erfolgte für den Platz um die Universitätsbibliothek die Namensverleihung. Drei Tage später konnte man in Regionalknachrichten lesen, die „Universität wünscht sich noch mehr deutsche Einheit“. Prof. Zimmerli äußerte den Wunsch, auch das Präsidialgebäude in den Bereich des Platzes der deutschen Einheit einzubeziehen.

Hat Prof. Zimmerli vergessen, dass auf sein Drängen bereits 2008 die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss gefasst hatte, in diesem Bereich die Jurigagarin-Straße in Universitätsstraße umzubenennen? Was im vergangenen Jahr mit der CDU-Posse, innerhalb des Berliner Platzes einen Teil in Platz der deutschen Einheit umzubenennen, begann, bekommt nun sein I-Tüpfelchen!

Fotos: D. Sperling / H. Wiesner
(Weiteres auf Seite 5)

Zur Finanzlage der Stadt Cottbus

In der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni informierte der Cottbuser Oberbürgermeister über die Finanzausstattung der kreisfreien Städte des Landes Brandenburg. Alle Kommunen und Landkreise sind verschuldet. Allerdings gibt es unter ihnen große Unterschiede. So stehen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden pro Kopf mit rund 50 Euro, die Landkreise mit rund 80 Euro und die kreisfreien Städte mit rund 880 Euro in der Kreide. Hier zeigt sich eine seit Jahren fehlerhafte Entwicklung. Die kreisfreien Städte sind die Oberzentren des Landes, denen neben vielen übertragenen Aufgaben durch Land und Bund wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge für das Umland zukommen, sei es in der medizinischen Versorgung oder durch das Vorhalten kultureller Einrichtungen. Für diese Funktion erfolgte aber nicht die entsprechende Finanzausstattung.

Die derzeitige Finanzmisere der Stadt Cottbus ist nur zu einem geringen Teil hausgemacht. Da es alle kreisfreien Städte betrifft, ist es „systembedingt“.

Aus diesem Grunde haben sich schon vor einiger Zeit die vier Oberbürgermeister zusammgefunden, um ihre Situation zu analysieren, zu vergleichen und gemeinsam um einen Ausweg aus der dramatischen Verschuldungssituation zu erkämpfen. Dazu führten sie am 23. Juni ein Gespräch mit den Staatssekretären des Innen- und Finanzministeriums. Themenschwerpunkte waren:

- die Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs durch das Land,

- die Genehmigungsfähigkeit der Haushalte und
- Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzausstattung und der Haushaltslage in den kreisfreien Städten.

Die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte forderten, den kommunalen Finanzausgleich im Land Brandenburg neu zu bewerten. Aus Sicht der kreisfreien Städte sind die bisherigen Gesetzgebungsverfahren zum Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz nicht ermessensfrei verlaufen und mit Verfahrensfehlern behaftet. Das ist der Ansatz für eine Klage gegen das Land. Dabei wurden bisher nur die Einnahmenseite betrachtet, nicht aber die höheren Ausgaben der kreisfreien Städte.

Durch die hohen Ausgabenlasten müssen die kreisfreien Städte bereits seit Jahren mit Haushaltssicherungskonzepten arbeiten. Dabei sind die möglichen Sparpotentiale ausgeschöpft. Und es geht immer mehr an die Substanz. Trotzdem wurden die Haushaltssicherungskonzepte im Jahr 2010 nicht genehmigt. Auch 2011 ist nicht mit einer Genehmigung zu rechnen. Ein Abbau weiterer freiwilliger Leistungen würde die Funktionsfähigkeit der örtlichen Gemeinschaft erheblich stören.

Durch die Versagung der Haushaltsgenehmigungen droht in den kreisfreien Städten die vorläufige Haushaltsführung zum Dauerzustand zu werden. Damit sind ihre Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit dramatisch eingeschränkt.

Es dürfen keine neuen Investitionen begonnen werden. Selbst Fördermittel könnten nicht mehr genutzt werden, weil die Kofinanzierung durch die Kommunen nicht mehr gestattet wird.

Die Oberbürgermeister fordern eine grundlegende Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und kreisfreien Städten, vor allem eine strikte Durchsetzung des Konnexitätsprinzips. Hinter diesem Begriff steht nichts anderes als: Wer den Kommunen per Gesetz Aufgaben überträgt, hat sie auch voll zu finanzieren.

Vor kurzem hatte das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz ein Urteil zur Situation von Kommunen, die weit überdurchschnittlich gestiegene Sozialaufgaben haben, ohne dass auch die Schlüsselzuweisungen gestiegen sind, gefällt. Das Gericht sah darin einen Verstoß gegen die Verteilungssymmetrie von Landeszuweisungen und erklärte das Finanzausgleichsgesetz für verfassungswidrig. Es forderte, dass das Land auch dann bei solchen Aufwendungen zum Ausgleich verpflichtet ist, wenn diese durch Bundesgesetze vorgeschrieben werden.

Anstatt dienstbeflissen immer neue Sparmaßnahmen durchzudrücken und die Stadt damit allmählich kaputtzusparen, ist eine Klage gegen das Land zu einer besseren Finanzausstattung erforderlich. Nach dem Urteil in Rheinland-Pfalz ist dieser Weg erfolgversprechend.

Dieter Sperling

Es war ein sehr schwieriger Start

Wahl des Senioren- und Behindertenbeirats

Im Februar dieses Jahres wurde auf Drängen des Seniorenbeirats die Wahl der Mitglieder des Senioren- und Behindertenbeirats in die Hauptsatzung aufgenommen. In der Juni-Stadtverordnetenversammlung fand erstmals die Wahl beider Gremien statt.

Für den Seniorenbeirat waren 15 Mitglieder zu wählen, und es gab 23 Kandidaten, für den Behindertenbeirat elf Mitglieder bei 15 Kandidaten. Jeder Kandidat musste im ersten Wahlgang die einfache Mehrheit der Stimmen der gesetzten Mitglieder erhalten, also mindestens 26

Stimmen. Im zweiten und in weiteren Wahlgängen reichte die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Für die Wahl des Behindertenbeirats waren drei Wahlgänge erforderlich, bis er komplett war. Beim Seniorenbeirat waren es sogar vier Wahlgänge.

Herzlichen Glückwunsch an Veronika Piduch und Gudrun Hibsich zur Wahl im ersten Wahlgang. Beide arbeiten seit längerer Zeit im Behinderten- beziehungsweise im Seniorenbeirat. Dafür sprechen wir beiden unseren Dank aus.

Dieter Sperling

Nachruf

Wir trauern um unsere Genossin

**Gertrud Scholtissek
gestorben am 8.6.2011**

Wir behalten die langjährige stellvertretende Bürgermeisterin in Drachhausen als unermüdete und konsequente Genossin in unserer Erinnerung.

Sie wird uns sehr fehlen.

*Die Genossinnen
und Genossen der BO 86
und der AG Cottbus Land*

„Die Basis ist der Kitt der Partei“

Als Vertreter von Diethelm Pagel weilte ich am 26. Juni in Hannover zum bundesweiten Treffen der Kreisvorsitzenden. Sehr zu meiner Freude hatten über 200 Genossinnen und Genossen sich ebenso auf den Weg nach Hannover gemacht, so dass der Veranstaltungssaal sehr gut gefüllt war.

Hauptsächlich sollte sich in sieben verschiedenen Foren (unter anderem Parteiprogramm, Organisationsstruktur, Mitglieder und Finanzen) ausgetauscht und miteinander gearbeitet werden. In jedem dieser Foren war ein Vertreter des geschäftsführenden Parteivorstandes vertreten, damit auch Erwartungen und Bedürfnisse an diesen formuliert und diskutiert werden konnten.



Leider kam in nicht allen Foren eine entsprechende Diskussion in Gang. So wurde im Forum „Mitglieder“ eher über die mitgliederschwache Lage in den Westbundesländern referiert, aber kaum über Lösungsansätze geredet. In anderen Foren wurden dagegen klare Diskussionsergebnisse und Forderungen an den Bundesvorstand erzielt: „Klareres Agieren“, „Mehr Politik nach Außen als Beschäftigung nach Innen“ und „Mehr Unterstützung der Kreisverbände“ waren einige davon.

Unsere Bundesvorsitzenden Klaus Ernst und Gesine Löttsch hinterließen mit ihren Reden leider viele enttäuschte Genossinnen und Genossen, da sie kaum den Nerv der Anwesenden trafen. Auch waren wenig selbstkritische Worte zur aktuellen Situation der Partei zu vernehmen.

Dennoch war das Zusammenkommen so vieler Kreisvorsitzender ein sinnvolles und erlebenswertes Ereignis, welches in den regelmäßigen Politikalendar der Partei aufgenommen werden sollte.

André Groß

Zum Weltfriedentag: Antikriegstag am 1. September

„... denn die Brandstätten warnen und mahnen ...“



Es mahnen auch die Bomben- und Munitionsfunde im Lande – immer noch –, die körperlichen und seelischen Verletzungen, die unzähligen Verkrüppelungen bei den Überlebenden.

Heute weiß fast Jeder: Kriege werden von Menschen gemacht – und der Frieden ist kein Geschenk der Natur! Es wird heutzutage immer deutlicher: Krieg bedeutet zugleich Totalverlust der Wahrheit!

Vor 72 Jahren, am 1. September 1939, begann der Zweite Weltkrieg mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen.

Als er mit der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 endete, lag nicht nur Deutschland in Trümmern. Über 55 Millionen Tote und über elf Millionen Tote in den Konzentrationslagern mussten beklagt werden. Und das ist bei weitem nicht die ganze Bilanz! Es war eine Befreiung, nicht nur für die europäischen Völker!

HEUTE, 2011, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass für die derzeitige Regierung der Bundesrepublik Deutschland Kriege durchaus als politische Strategie in Frage kommen.

Mit dem Aufhören der Existenz der DDR ist auch der gemeinsame Grundsatz (von BRD und DDR), dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, über Bord geworfen worden. Die BRD ist auch am Krieg in Afghanistan beteiligt, obwohl die große Mehrheit der Bevölkerung der BRD das nicht will.

Wir als LINKE mahnen und fordern eindringlich: Raus aus Afghanistan! – Kein Krieg – Nirgends! Abrüsten statt Umrüsten! Als radikal antimilitaristische politische Kraft ist DIE LINKE eine internationalistische Friedenspartei: Wir tre-

ten für Gewaltfreiheit ein, gleichviel, ob im inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten. Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch, Menschenrechtsverletzungen und militaristische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab.

Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens, der mehr bedeutet als die bloße Abwesenheit von Gewalt.

Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta. Dass diese Grundsätze sich in unserem neuen Parteiprogramm wieder finden, ist grundlegend für unser linkes, politisches Profil!

Deshalb setzen wir auch auf Abrüstung und Rüstungsbeschränkung und fordern ein striktes Verbot von Rüstungsexporten und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotentiale.

Zum Weltfriedentag 2011 fordern wir, dass alle ausländischen Militärbasen in Deutschland geschlossen werden müssen. Es darf nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen, wie Verschleppung von Gefangenen, ermöglichen.

Für eine Welt ohne Kriege! Für solidarisches Miteinander! Für Frieden!

Guhrun Hibsich,

*Mitglied des Ortsvorstandes
der LINKEN Cottbus*

Bitten der Kinder

Die Häuser sollen nicht brennen.
Bomber sollt man nicht kennen.
Die Nacht soll für den Schlaf sein.
Leben soll keine Strafe sein.
Die Mütter sollen nicht weinen.
Keiner soll müssen töten einen.
Alle sollen was bauen.
Da kann man allen trauen.
Die Jungen sollen's erreichen.
Die Alten desgleichen.

Bertolt Brecht

Die Vergangenheit sichtbar machen

Manfred Augustyniak, AG Geschichte: Bemerkungen zum 17. Juni 1953

Meine Bemerkungen beziehen sich auf die Ereignisse in Cottbus. Ausgeklammert werden die Ereignisse in Jessen, Lauchhammer, Guben, Lübben und so weiter.

Ich habe auch auf Erläuterungen zum „Neuen Kurs“, das heißt auf die Maßnahmen der DDR zur Rücknahme der „Sparmaßnahmen“ und Festlegungen von weiteren Verbesserungen des Lebensniveaus verzichtet.

Als ehemaliger Geschichtslehrer habe ich die Ereignisse des 17. Juni 1953 entsprechend den Lehrplänen und der damals zur Verfügung stehenden Literatur behandelt. Dabei folgte ich der Darstellung der SED und der DDR-Literatur, dass es sich um einen „Konterrevolutionären Putsch“ handelte. Das erwies sich als falsch!

Als falsch betrachte ich aber auch die Darstellungen von Historikern aus der Alt-BRD, sowie im jetzt vereinigten Deutschland, die von einem Volksaufstand sprechen mit dem Ziel, die Einheit Deutschlands herzustellen und das Jahr 1989 als Fortsetzung des 17. Juni 1953 betrachten. Notwendig erscheint mir, dass sich Historiker aus beiden Teilen Deutschlands zusammenfinden und gemeinsam und objektiv versuchen, den 17. Juni 1953 zu werten.

Auf Grundlage meines Aktenstudiums im Landeshauptarchiv Potsdam möchte ich versuchen, mich zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 in Cottbus zu äußern.

Bereits vor dem 13. Juni 1953 gab es in der DDR in verschiedenen Betrieben Unmutsäußerungen und Widerstand gegen die von den Menschen als ungenügend empfundene Sozialpolitik. Dazu gehörten auch die Betriebe VEM Cottbus und Cottbuser Wolle. In ihnen protestierten die Beschäftigten mittels Resolutionen und stundenweiser Arbeitsniederlegungen gegen Maßnahmen, die sich verschlechternd auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen auswirkten.

Diese wenigen Beispiele beweisen für mich, dass sich Ursachen, die dann zum 17. Juni führten, allmählich herausbildeten. Doch diese Ursachen wollte die Partei- und Staatsführung nicht erkennen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei der für die damalige Entwicklung in der DDR unrealistische Beschluss der II. Par-

teikonferenz der SED zur „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“. Die sich daraus ergebenden Maßnahmen führten, angesichts der noch vorhandenen Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges, zu einer Verschärfung der Widersprüche.

Besonders der beschleunigte Aufbau der KVP (Kasernierte Volkspolizei) überforderte in Verflechtung mit der Reparationslast die Leistungskraft der Wirtschaft der DDR.



Um das auszugleichen wurden Sparmaßnahmen festgelegt.

- Der Erlass eines Sparprogramms sah die Erhöhung der Besitz- und Einkommenssteuern, Preiserhöhungen für Lebensmittel (mit Ausnahme der Grundnahrungsmittel), Verringerung der Sozialausgaben und Aufwendungen für Kultur sowie Einsparungen in der Volkseigenen Wirtschaft vor.
- Der Entzug von Lebensmittelkarten für die Vertreter der freien Berufe, Kaufleute, Gewerbetreibende und Hausbesitzer.
- Die Aufhebung von Fahrpreisermäßigungen, insbesondere Arbeiterrückfahrkarten. Davon waren besonders die außerhalb ihres Wohnorts Tätigen, wie zum Beispiel Bau- und Montagearbeiter, betroffen.
- Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe, die gegen Gesetze der DDR verstießen (Ablieferungspflicht, Viehhalteplan und so weiter) wurde die Bewirtschaftung ihrer Betriebe untersagt, oftmals wurden sie sogar unangemessen bestraft beziehungsweise inhaftiert. Analog verhielt es sich mit Gewerbetreibenden, Fabrikanten und Anderen

Eine besondere Auswirkung sollte der Beschluss des Ministerrates vom 28. Mai 1953 zur Überprüfung und Erhöhung der Arbeitsnormen haben. Gestützt auf Artikel 24 der Verfassung der DDR, „Das Streikrecht der Gewerkschaften ist gewährleistet“, begann sich eine Protest-

bewegung zu entwickeln. In Cottbus begann der Protest im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW). Als um 10.30 Uhr die Sirene ertönte, verließen die etwa 2500 Beschäftigten ihre Arbeitsplätze und sammelten sich zu einem Demonstrationzug in Richtung Stadtmitte. Die Spitze des Zuges wurde von Soldaten der Sowjetarmee noch vor Erreichen des Stadtinneren angehalten, und der Zug begab sich zum RAW zurück.

In den Mittagsstunden nutzten jüngere Menschen die Streikbewegung im RAW aus und formierten sich erneut zu einem Demonstrationzug in Richtung Stadtmitte. Dieser Zug gewann beim Marsch durch die Stadt rasch an Anhängern und zog unter Gebrüll solcher Losungen wie: „Nieder mit der Regierung, Freiheit für alle Gefangenen, Senkung der HO-Preise um 40 Prozent“ zum Rat des Bezirkes. Es gelang ihnen aber nicht, in das Gebäude einzudringen.

Daraufhin zogen die Demonstranten zur UHA (Untersuchungshaftanstalt) Cottbus. Hier wurde von der Polizei versucht, den Zug aufzulösen. Dabei leisteten die Demonstranten Widerstand. Und so veranlasste der sowjetische Militärkommandant den Einsatz von Panzerfahrzeugen. Angriffe gegen Sowjetsoldaten und Versuche deren Entwaffnung führten zur Abgabe von Warnschüssen. Nach zwei Stunden war die Demonstration aufgelöst, der Militärkommandant verhängte den Ausnahmezustand und gegen 18.00 Uhr herrschte eine relative Ruhe in der Stadt. In den späten Abendstunden des 17. Juni bildete sich in der Gemeinde Sielow ein Demonstrationzug. Hier wurden Mitglieder der SED angegriffen und niedergeschlagen. „Rädelsführer“ riefen zum Mord an aktiven Mitgliedern der SED auf und versuchten auch die Plünderung der Wohnungen von Volkspolizisten zu organisieren. Die Anstifter wurden am nächsten Tag verhaftet.

Ein Schwerpunkt war die Rückführung der Insassen der Sommerlager in DREWITZ, Kreis Guben und Preschen, Kreis Forst. Hier waren die Inhaftierten zum Bau von Militärobjekten eingesetzt. Größere Probleme traten bei der Rückführung in die UHA Cottbus nicht auf.

(Fortsetzung auf Seite 8)

Die Vergangenheit sichtbar machen

(Fortsetzung von Seite 7)

Am 18. Juni streikten im RAW Cottbus 1800, im VEM Cottbus 1200, im Tufa Werk 1000 und in der Reichsbahn-Bauunion 1000 Beschäftigte. Insgesamt gab es in der Stadt Cottbus 24 Betriebe, in denen 5718 Beschäftigte streikten. Dadurch gingen 41 558 Arbeitsstunden verloren.

Ein Bericht des Bezirksvorstandes IG Textil-Bekleidung-Leder legt dar, dass am 18.6. die Beschäftigten der Cottbuser Betriebe: Wollwarenfabrik, Tuchfabrik, des Konsum-Bekleidungswerk, der Betrieb Lausitzer Strümpfe, Forstdienstbekleidung, Segeltuchweberei Schmogrow und VEB Segeltuchweberei zwar erschienen, doch erst im Laufe des Tages ihre Arbeit aufnahmen.

Festnahmen gab es in Cottbus 50. Die „Lausitzer Rundschau“ berichtete unter der Überschrift „Provokateure hart bestraft“ über zehn Verhandlungen. Davon wurden acht der Angeklagten zu Zuchthaus-beziehungsweise Gefängnisstrafen von einem bis drei Jahren verurteilt. Begründungen für die Höhe des Strafmaßes wurden zwar gegeben, doch sie sind aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und lassen den Eindruck entstehen, dass es mitunter unangemessen hoch und ideologisch durchsetzt war.

Ich schätze den 17. Juni 1953 so ein, dass er Ausdruck einer allmählich um sich greifenden Unzufriedenheit wegen zu geringer Fortschritte in der Verbesserung der Lebensbedingungen war und die Unzufriedenheit dann in einen spontan ausgebrochenen Massenprotest von Teilen des Volkes in der DDR gegen die von Partei und Regierung beschlossenen Maßnahmen, welche eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen eines erheblichen Teils der Bevölkerung bewirkten. Obwohl der Protest – dessen wichtigste Form der Streik war – in bestimmten Regionen unter Einfluss kapitalistischer Westberliner Kräfte und Medien stand, und auch politische Forderungen gegen die Regierung und die SED enthielt, zielte er nicht auf eine Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der DDR ab.

Foto: www.jena.de

AG Betrieb und Gewerkschaft:

3. Gewerkschaftspolitische Konferenz in Leipzig

„Krise, Exportüberschüsse, Kürzungsprogramme in der BRD und in Europa – Wo bleibt die gewerkschaftliche Alternative?“ lautete das Motto der Konferenz am 17. und 18. Juni.

Eine Antwort darauf konnte in der für linke Gewerkschafter unabhängig von der Parteizugehörigkeit offenen Konferenz selbstverständlich nicht gegeben werden. Vielmehr wurde im Plenum von Michael Schlecht, MdB, Gewerkschaftspolitischer Sprecher des Parteivorstandes der LINKEN, die Krise des Euro als Ergebnis der Handelsungleichgewichte, Sozialkürzungen und Lohndumping an Hand von Fakten analysiert und daraus Auswege abgeleitet. Diese Auswege werden zurzeit nur gegen die offizielle Regierungspolitik von einzelnen Gewerkschaften und von außerparlamentarischen Initiativen und der Partei DIE LINKE. verfolgt.

Die Gewerkschaften in Griechenland und Spanien erleben diese Politik besonders schmerzlich. Am Eröffnungsabend der Konferenz berichteten sie von den Folgen der Krise des Euro und der Inhaftnahme ihrer Länderregierungen durch die Akteure des verursachenden Finanzkapitals. Jugendarbeitslosigkeit

von 43 Prozent in Griechenland und 42 Prozent in Spanien gehören zu den gravierendsten dieser Folgen. Die Schwerkriegendste dieser Folgen ist jedoch die Aussichtslosigkeit der Krisenüberwindung mit den Mitteln und den aufgezwungenen Bedingungen der von der deutschen und französischen Regierung durchgesetzten und von den Banken (allen voran in Persona Josef Ackermann) empfohlenen „Rettungsmaßnahmen“. Sie gleichen auffällig der Privatisierung der Industrie und Liquidierung des Volksvermögens der DDR durch die Treuhänder.

Die Gewerkschaften Griechenlands und Spaniens sehen in Erfolgen gegen Sozial- und Demokratieabbau die größte solidarische Unterstützung der deutschen Gewerkschaften für ihren eigenen Kampf gegen die dem arbeitenden Volk ihrer Länder aufgezwungenen Repressionen.

Höhepunkt der Konferenz war der von häufigem Beifall unterbrochene analytische, programmatische und instruktive Vortrag von Gesine Löttsch, den ich als Mitschnitt (Audio-CD) zur Verfügung stellen kann.

Dieter Brendahl

DIE LINKE. gegen Diätenerhöhung



renten sind in diesem Jahr um ein mageres Prozent gestiegen. Und um Steuerensenkungen wird wie auf dem Basar gefeilscht. Die Abgeordneten der Koalition aber wollen sich ein Plus von fast 600 Euro genehmigen. Das ist instinktiv, unsozial und ungerecht“, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE., zu den bekannt gewordenen Plänen von Union, FDP und SPD zu Diätenerhöhungen.

„Die vorgeschlagene Diätenerhöhung hält DIE LINKE. für nicht verhältnismäßig. Bei Hartz IV verweigern die Regierenden einen menschenwürdigen Regelsatz, Alters-

Enkelmann weiter: „Der Vorschlag, nunmehr eine unabhängige Kommission zur Reform der Altersvorsorge einzusetzen, findet meine Unterstützung, kommt jedoch reichlich spät und erweckt eher den Eindruck, den Bürgern die Diätenerhöhung schmackhaft machen zu wollen.“

DIE LINKE. wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, mit dem eine umfassende Überprüfung des Abgeordnetenrechts gefordert wird.

Es geht dabei um die transparente Regelung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften sowie um eine Reform der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung.

Dass die Abgeordneten zum Beispiel keinen eigenen Beitrag zu ihrer sozialen Absicherung im Alter leisten, kann nicht länger hingenommen werden.“

Aus meiner Sicht

Gehirnwäsche kontra Lebenserfahrung?

Über das ewige Dilemma mit dem DDR-Geschichtsbild

Schriftsteller Stefan Heym antwortete in einem Interview auf die Frage, was von der DDR in der Geschichtsschreibung einmal übrig bleibe: „Wohl nicht mehr als eine Fußnote.“

So sehr ich diesen großartigen, der PDS nahestehenden, Poeten auch schätze – würde er heute noch leben und die politischen Diskussionen hierzulande verfolgen, er käme sicher zu einem etwas anderen Schluss.

20 Jahre nach der Wende ist dieses untergangene Land noch nahezu tagessaktuell präsent. Ja, der Streit um die Deutungshoheit über den ersten gescheiterten Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden und seine „Aufarbeitung“ danach ist eigentlich – nimmt man das Land Brandenburg – erst jetzt richtig entbrannt.

Obwohl die Enquetekommission des Landtags von der Opposition als plattester politischer Meinungskampf gegen Rot-Rot missbraucht wird, zeigen die knallharten Auseinandersetzungen eine zutiefst gesplante gesellschaftliche Landschaft.

Auf der einen Seite ein Schwarz-Weiß-Bild der DDR als totaler Unrechtsstaat, geprägt durch Stasi-Sumpf, Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, bar jeder Freiheit und Demokratie. Sämtliche sozialen, sportlichen und kulturellen Leistungen werden mit einem Negativstempel versehen, Biographien abgewertet, „DDR-Eliten“ bis heute politisch und moralisch verfolgt.

Es dominieren Hass, Rachegefühle und hirnlose Verteufelung der DDR. Und das umso mehr. Je weiter ihr Ende zurückliegt.

Ziel ist, diese einseitige Sicht möglichst allen Menschen aufzuzwingen und allgemein verbindlich zu machen.

Auf der anderen Seite der zögerliche Versuch, den „anderen“ deutschen Staat etwas differenzierter zu bewerten, ohne zu beschönigen: Unrecht bleibt Unrecht. LINKE-Fraktionschefin Kerstin Kaiser bringt es eigentlich auf den Punkt, wenn sie betont, dass es für ein realistisches Geschichtsbild, nicht nur der DDR, „keine einfachen Wahrheiten“ gibt. Geschichte ist immer komplex und vielschichtig.

Einseitigkeit hat mit ernstzunehmender Geschichtsbetrachtung nichts zu tun. Damit kommt man der historischen Wahrheit keinen Schritt näher – mal ganz davon abgesehen, dass es der Landtagsopposition ja gar nicht darum geht. Einfach, weil die Lebenserfahrungen vieler ehemaliger DDR-Bürger mit der „staatlich verordneten Sicht“ oft kollidieren.

Ein erhellendes Beispiel dafür war das Ergebnis eines Gutachtens für die Landtagskommission, das sich mit dem DDR-Bild von Schülern und der Qualität des Geschichtsunterrichts zum Thema befasste. Es offenbarte ein fast schon ein wenig „putzig“ wirkendes gesplantes Bewusstsein bei Schülern und ein geradezu beängstigendes Konfliktpotential bei Eltern und Lehrern.

Die Schüler werden in ihrer Meinungsbildung ständig hin- und hergerissen, zwischen den Eindrücken beim Besuch eines finsternen Stasi-Gefängnisses, von Gedenkstätten für DDR-Opfer, den Erzählungen von betroffenen Zeitzeugen und den Lebenserfahrungen der Großeltern und Eltern von sozialer Sicherheit, Gemeinschaftssinn, Stolz auf berufliche und sportliche Erfolge, Erinnerungen an für sie schöne Zeiten.

Es war ja nicht so, dass alle Bürger der DDR am Mangel an Freiheit und bürgerlicher Demokratie verzweifelten. Für viele ist noch heute das Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem der DDR in guter Erinnerung.

Die Eltern wiederum befinden sich in der Zwickmühle zwischen ihrem und dem DDR-Schulbild. Wie sag ich`s meinem Kind? Soll ich lügen, mich der Lehrmeinung fügen? War die DDR für mich wirklich nur eine Diktatur?

Und die Lehrer? Ein Großteil von ihnen war es schon vor 1989. Wie glaubwürdig sind sie in den Augen von Eltern und Schülern, wenn sie heute die DDR verteufeln? Hinzu kommt, dass darunter nicht Wenige sind, die das BRD-Bildungssystem schlichtgesagt besch... finden.

Heraus kommt ein Knäuel sich ständig widersprechender Aussagen von Schule und Elternhaus, welches der arme Schüler nun allein entwirren soll. Ein hoffnungsloser Fall!

Und das wird er solange bleibe, solange das Geschichtsbild der DDR ausschließlich eine Abrechnung mit der DDR ist und nicht „differenziert und sensibel“ erfolgt, wie es im gemeinsamen Beschluss aller Landtagsfraktionen von 1994 formuliert ist.

Dieser sogenannte „Brandenburger Weg“ der Versöhnung und Integration wäre in Niveau und Standard eine Möglichkeit gewesen, aus dem Dilemma Gehirnwäsche kontra Lebenserfahrung herauszukommen. Er böte zugleich eine breite gesellschaftliche Basis, um Antworten auf heutige Fragen und Weichenstellungen für Zukünftiges zu finden, wie Kerstin Kaiser betont, und entspräche auch vollinhaltlich der Forderung der FDP-Abgeordneten Linda Teuteberg: „Zukunft braucht Aufklärung!“

Stattdessen setzt die Landtagsopposition auf politische Stimmungsmache und unversöhnliche Konfrontation und vergiftet damit das politische Klima im Lande. Sie wird damit letztlich keinen Erfolg haben, weil sich geschichtliche Wahrheiten zwar zeitweilig leugnen, fälschen, verunglimpfen, verdrängen, verzerren und manipulieren lassen, aber letztendlich nicht totzukriegen sind. Und auch das Land DDR erhält dann zu gegebener Zeit die ihm zukommende historische Bewertung in den Geschichtsbüchern.

Und ich glaube fest daran, dass es nicht nur eine Fußnote sein wird.

Joachim Telemann

Glossiert

....aber auch keine Bananen!

Was haben wir Ostdeutschen uns mit der BRD nur eingehandelt? SARS, BSE, Schweine- und Vogelgrippe, Rinderwahnsinn, EHEC, zeitweiliges Essverbot für frische Gurken, Tomaten und Blattsalat, aktuelle Infektionswarnung vor Sprossen, Lebensmittelallergien en masse.... Das alles hatten wir in der DDR nicht. Stimmt! Dafür aber auch keine Bananen!

Tejo

Wolfgang Neskovic, MdB: Griechenland wird gezielt in den Abgrund getrieben

Griechenland wird gezielt in den Abgrund getrieben. Die sogenannten Hilfspakete strangulieren das Land. Die Sparauflagen der EU, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds verhindern die wirtschaftliche Erholung des Landes. Gekürzte Renten, gekappte Gehälter, höhere Steuern... es scheint, als wird alles getan, um die Kaufkraft der Griechen dauerhaft zu schwächen. Eine schwache Kaufkraft jedoch mindert die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im griechischen Inland und schmälert so die Steuereinnahmen des griechischen Staates. Griechenland spart sich immer ärmer. Und zeitgleich weiß jeder, dass das Land seine Schulden niemals zurückzahlen können wird, solange die Staatsfinanzen nicht durch einen Aufschwung konsolidiert werden. Dies gilt, obwohl Griechenland bereits Ausgabenkürzungen in astronomischer Höhe beschlossen hat. Das Land befindet sich in einem Teufelskreis, aus dem es aus eigener Kraft keinen Ausstieg finden kann.

Die EU tut derzeit alles, um die privaten Gläubiger Griechenlands vor einer echten Beteiligung an dem Finanzdesaster zu bewahren. Es ist schon erstaunlich: Banken und Anleger haben jahrelang prächtig an den hohen Zinsen verdient, die Griechenland für geliehenes Geld bezahlen musste. Diese Zinsen waren verhältnismäßig hoch, weil das Risiko eines Zahlungsausfalls höher eingeschätzt wurde, als es zum Beispiel bei deutschen oder französischen Anleihen der Fall wäre. Dieses Risiko war den Anlegern bewusst - sie haben dennoch Geld an Griechenland verliehen, stets in dem Wissen, dass ein Zahlungsausfall eintreten könnte. Und damit haben sie viel Geld verdient.

Und nun, wo Griechenland vor dem finanziellen Aus steht, rufen die Investoren lauthals nach staatlichen Milliarden zur Rettung ihrer Kredite. Sie sind nicht bereit, Verluste hinzunehmen, obwohl dies dem Marktmechanismus entsprechen würde. Nein, sie wollen, dass die europäischen Steuerzahler dauerhaft Geld für Griechenland geben, damit die Investoren keinen Verlust erleiden müssen. Verkehrte Welt? Ja - aber mit Blick auf die

letzten Jahre nicht wirklich. Die internationale Gemeinschaft hat seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 ihr Bestes getan, private Anleger vor finanziellen Einbußen zu bewahren. Die Anspruchshaltung, der sich die Regierungen jetzt gegenüber sehen, ist also hausgemacht. Das Muster ist immer gleich: Die angeblich systemrelevanten Zocker auf den Finanzmärkten kriegen Milliarden zugeschoben, welche die Staaten dann aus angeblicher "Alternativlosigkeit" bei den Alten, Arbeitslosen und Armen einsparen.

Besonders schockierend an der Entwicklung der Griechenlandkrise ist die mangelnde Lernfähigkeit aller Beteiligten. Laut OECD hat kein anderes Industrieland jemals innerhalb von 12 Monaten so viel gekürzt und gespart wie die Griechen. Dennoch ist die Gesamtver-



schuldung explodiert. Zeitgleich wird eine Niedriglohnpolitik gefahren, die mit radikalem Sozialabbau und dem Ausverkauf öffentlicher Güter einhergeht. Eine der treibenden Kräfte hierfür ist die Bundesregierung, die den deutschen Niedriglohnbereich und Hartz IV wohl als Exportschlager ansieht. All dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo die Rezepte des radikalen Neoliberalismus auch im konservativen Lager zunehmend als gescheitert betrachtet werden. Eine eigentlich im Rückzug begriffene, radikale Marktideologie feiert in der Eurokrise noch einen verspäteten und unerwarteten Höhepunkt. Anstatt umzulenken, rufen Angela Merkel und ihre Verbündeten jedoch nach immer mehr: Mehr Sparen, mehr Kürzen, mehr Kooperation gegenüber den Finanzmärkten. Dabei wäre nun ein echtes Umlenken erforderlich - bereits jetzt summieren sich die durch falsches staatliches Handeln angehäuften Risiken für die europäischen Steuerzahler auf über hundert Milliarden Euro.

Die Krise wird nicht gelöst, indem wir Griechenland aus der Eurozone drängen.

Der Zustand des Landes ist nur Symptom grober Verwerfungen in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen der EU sowie der internationalen Finanzmärkte. Das Gerede über angeblich faule und korrupte Griechen lenkt nur ab von den tatsächlichen Problemen, mit denen sich die Euro-Zone auseinandersetzen muss: den groben wirtschaftlichen Verzerrungen innerhalb der Währungsunion, der ungenügenden Regulierung der Finanzmärkte, den intransparenten politischen Entscheidungsstrukturen von EU, EZB, nationalen Regierungen und IWF.

Kurzfristig könnte die EU einiges tun, um Griechenland zu helfen. Es ist dringend an der Zeit, gemeinsame Euro-Bonds aufzulegen. So könnten die Zinskosten für Griechenland, aber auch Irland, Portugal usw. drastisch gesenkt werden.

Die EU sollte im Rahmen der Strukturförderung massive Hilfsprogramme für die momentan geschwächten Ländern schaffen. Eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen wäre zudem der richtige Weg, zinsgünstige Kredite an Mitgliedsstaaten auszugeben. Es ist gar nicht einzusehen, weshalb sich Privatbanken billiges Geld von der EZB leihen können, das sie dann mit hohen Aufschlägen an einzelne Staaten verleihen.

Zur kurzfristigen Linderung der Krise ist es aber vor allem an der Zeit, private Gläubiger maßgeblich an der Krise zu beteiligen. Ein Schuldenschnitt ist der einzige Weg, Griechenland von seiner alles erdrückenden Schuldenlast zu befreien. Zudem muss ein geordnetes Entschuldungsverfahren für Staaten etabliert werden.

Erst wenn Griechenland finanziell wieder handlungsfähig ist, hat es auch eine Chance, politisch wieder auf die Beine zu kommen. Die derzeitige Regierung ist keine demokratische Volksvertretung mehr, sondern eine Schar von Verwaltern im demokratischen Gewand, die den Vorgaben von IWF, EZB und EU nahezu total ausgeliefert sind. Griechenland braucht echte Hilfe: Einen Schuldenerlass, gezielte Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau sowie Reformbemühungen, die zu mehr Demokratie und Wirtschaftsbelebung führen.

Drei Zahlen – ein Datum: 12 - 28 - '89

Der 13. August 1961

In der Geschichte ist es vielfach so, dass politische Ereignisse nicht isoliert von historischen Vorläufern zu bewerten sind. Sozusagen – alles hat eine Vorgeschichte. Um wirklich zu verstehen, muss man tiefer graben, um zu ergründen: Wie konnte das passieren, wie ist was passiert? Denn: Nichts ist ohne Ursache, nichts ist ohne Wirkung. So verhält es sich auch mit dem 13. August des Jahres 1961, den es so ohne die Hitler-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hätte. Lassen wir uns hier darauf ein und holen die Schaufel raus...

Schon aus der Frühgeschichte der DDR ist eine Protestnote des Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission, dem Marschall Tschuikow, an den Hohen Kommissar der USA in Deutschland, Donnelly, bekannt. In diesem Papier vom 1. Oktober 1952 stellte der Marschall fest: Westberlin sei zu einem Treibhaus von Spionage-, Diversions- und terroristischer Aktivität gegen die DDR geworden.

Jahre später: Am 8. Juli 1961 forderte die CDU in einer Grundsatzentscheidung die Einverleibung der Sowjetzone in das NATO-Bündnis. Mitte Juli 1961 kündigt Kanzler Adenauer auf einer CDU-Tagung in Köln an, die Abwerbung von Arbeitskräften und Fachleuten aus der DDR zu verstärken und die dafür einsetzbaren Finanzmittel zu erhöhen. Lassen wir Zahlen sprechen. Betrug die Flüchtlingszahlen 1959: 143 000, so betrug sie 1960: 199 000. Allein im April 1961 waren es schon 30 000 Menschen, die der DDR davonliefen (siehe Prof. Hermann Weber „DDR Grundriss der Geschichte 1945-1990“). Insgesamt sollen zwischen 1949 und 1961 über 2,6 Millionen Menschen, die DDR fluchtartig verlassen haben. Die Professoren Fritz Baade und Hans Apel schätzten übereinstimmend, dass der DDR durch Republikflucht und Abwerbung Schäden in Höhe von etwa 100 Milliarden DM entstanden waren. Zum Vergleich, das Nationaleinkommen der DDR betrug 1961 76 Milliarden Mark. Hier keimt aber die kritische Frage auf, was die DDR für viele ihrer Bürger zu einem Land zum Davonlaufen machte? Fehlte es dem Haus des Arbeiter- und Bauernstaates doch an Farbe, so dass tatsächlich die Grautöne überwogen? Zogen jene

gen Westen aus, weil sie Spiel- und Freiräume vermissten, oder weil ihnen die Hausordnung zu streng war?

Zeitsprung zurück: Der Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa, General Dr. Hans Speidel, unternahm am 9. August 1961 eine Inspektionsreise zu an der DDR-Grenze stationierten Bundeswehr-Einheiten. Wochen zuvor, am 30. Juni, erfuhren die Leser der „Neuen Züricher Zeitung“ von General Adolf Heusinger, dass sieben Divisionen bereitstünden, um gegen die DDR unverzüglich jede Mission auszuführen. Jede Mission...?



Beide Militärblöcke führten vom Frühsommer bis zum Herbst 1961 sogenannte „militärische Demonstrationen“ durch. Vom 23. bis zum 30. Mai befehligte Marschall Gretschno eine Kommandostabsübung. In Moskau trat vom 3. bis zum 5. August der Politisch Beratende Ausschuss des Warschauer Vertrages zusammen. Am Ende der Konferenz verabschiedeten die teilnehmenden Parteichefs ein Kommuniqué, das am 13. August veröffentlicht wurde. Darin sprachen die Unterzeichner davon, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt werde. Soweit einiges, was die damalige Situation illustrieren sollte. Wie die Baumeister des Sozialismus in der DDR nun reagierten ist bekannt. Am 13. August 1961 nahmen die SED-Mächtigen die Sicherung der Staatsgrenze in Angriff. Entgegen der zwei Monate zu-

vor auf einer Pressekonferenz von Walter Ulbricht dementierten Absicht, eine Mauer zu bauen, wurde sie an diesem Tage doch gebaut. Es war ein politischer Akt von großer Tragweite, der folgenreich und schicksalschwer war. Fakt ist doch, diese politisch motivierte Baumaßnahme hat brutal in Leben eingegriffen, Leben zerstört oder gar genommen. Familien wurden getrennt, einige wieder mühsam zusammengeführt. Bezeichnend: Vor FDJ-Funktionären sagte Ulbricht: „Manche sagen, Deutsche können nicht auf Deutsche schießen. Auf die Deutschen, die den Imperialismus vertreten, werden wir, wenn sie frech werden, schießen“. Und so starben allein im ersten Mauerjahr 50 Menschen. In einem war die Mauer wirklich grenzüberschreitend, bei ihren Opfern. Stellvertretend: Ida Siekmann, die am 22. August 1961 in der Bernauer Straße aus dem Fenster sprang und starb. Der erste Grenzsoldat, der sein Leben verlor, war am 18. April 1962 Jörgen Schmidtchen. Und der Westberliner Dieter Bellig wurde am 2. Oktober 1971 im Grenzgebiet erschossen. Vielleicht auch in der Auseinandersetzung mit anderen historische Daten denkbar: Betrachten wir den 13. August 1961 doch mal aus der jeweils unterschiedlichen Machtperspektive: Denen, die die Macht hatten. Denen die ihr gehorchten. Aber auch: Denen, die sich ihr verweigerten und schließlich denen, die sich mit ihr arrangierten. Die Auswertung dieser unterschiedlichen Macht-Erfahrungen könnte spannend werden. Zeichnete man ein Bild davon, man käme garantiert nicht nur mit Schwarz-Weiß aus.

Der Publizist Sebastian Haffner fand in einer Ausgabe des „stern“ (November 1964) folgende Worte. „Der 13. August war die dritte – Gott sei Dank unblutige – Niederlage einer deutschen Politik, die Deutschlands Situation durch Druck, Zwang und Kalten Krieg, in der letzten Konsequenz notfalls auch durch einen wirklichen Krieg, zu verbessern hoffte.“ Und später: „Adenauer war seit dem 13. August 1961 ein gescheiterter Politiker, nicht weniger als vor ihm Wilhelm II. und Hitler“. Als gescheiterter Politiker dürf-

(Fortsetzung auf Seite 12)

Drei Zahlen – ein Datum: 12 - 28 - '89

(Fortsetzung von Seite 12)

te auch Erich Honecker gelten: Im 12. Jahr des Bestehens der DDR leitete er als Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates den Bau der Mauer. 28 Jahre sollte sie stehen, ehe sie am 9. November 1989 fiel. Mit ihrem Fall begann sich die DDR, die der „grüne, unreife Kommunist“ (so Ulbricht 1970 über Honecker) mit aufgebaut und maßgeblich geprägt hat, rasend schnell von der politischen Weltkarte zu lösen. Sie wurde zum Abziehbild. Deutlich macht dieses Scheitern auch folgende Episode, die sich am Vortag der Ablösung Honeckers als SED-Generalsekretär zugetragen haben soll, und die sein „wendiger“ Nachfolger Egon Krenz in seinem Buch „Wenn Mauern fallen“ beschreibt: Das langjährige Politbüro-Mitglied Alfred Neumann richtete an Honecker diese harten Worte: „Als Du, Erich, 1971 die Funktion von Walter Ulbricht übernahmst, da hast Du eine kampffähige Partei und kaum Auslandsschulden vorgefunden. Und was ist heute?“ Nun. Wenige Wochen später fiel die Mauer, und mit dem 3. Oktober 1990 war die DDR Geschichte.

Kommen wir zum Abschluss-Befund. Um der Gefahr des wirtschaftlichen Ausblutens zu begegnen machten die politisch (be)-Handelnden am 13. August 1961 alle Grenzen dicht. Sie setzten auf Abschottung, was anfänglich auch eine gewisse ökonomische Stabilisierung der DDR bewirkte. Im späteren Verlauf komplizierte sich wieder ihr Zustand, was auf den Mangel von demokratischen Mindestbedarfen, so auch fehlender Reisefreiheit, zurückzuführen war. Hätten man sich in dieser Frage noch früher, konkret dem Artikel 13 der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 verschrieben - vielleicht wäre die DDR dann zu retten gewesen. Hier ist der betreffende 2. Absatz des Artikel 13: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“ Dazu kam es nicht. An jenem Punkt war die (Aus)-Blutung dann nicht mehr zu stoppen Und der Apparat war machtlos. Daher war der 13. August 1961 wohl nur eine lebensverlängernde Maßnahme.

René Lindenau

Die Mauer lebt!

Unsere BO-Bildungsfahrt am 15. Juni begann traditionell am Cottbuser Haus der Armee. Da ich bis zum Start noch ein wenig Zeit hatte, schlenderte ich mit meiner Kamera Richtung IKMZ.

Auf dem IKMZ-Hügel angekommen, erblickte ich jede Menge alte und junge Menschen.

Die jungen Studenten bauten sich auf dem Rasen und zwischen den Bäumen gemütliche Ecken, um sich später aus Anlass des 20. Geburtstages der BTU zu präsentieren oder aber spezielle Speisen anzubieten.

Die alten Menschen – und dazwischen auch ein paar junge – weilten einer Feierstunde bei: Endlich wurde auch in Cottbus eine Mauer errichtet! Die Einweihung der Mauer wurde von vielen wichtigen Bürgern der Stadt mit Reden geehrt.

Nachdem das Mauer-Denkmal mit einem feierlichen Schnitt von einem rot-weißen Absperrband aus Plaste befreit wurde, rief der BTU-Zimmerli alle Anwesenden auf, revolutionär über den Rasen zu laufen und an einer anderen Ecke des Hügels den Hügel in Platz der Deutschen Einheit umzubenennen. – An dieser Stelle verließ ich das Geschehen.

So nebenbei fielen mir politisch-sprachliche Umwandlungen ein:

Aus dem Karl-Marx-Platz wurde der Universitätsplatz. Das Stadion „8. Mai“ wandelte sich in Platz der Deutschen Einheit um. Und auch Juri Gagarin wurde ganz in der Nähe „amputiert“.

Gegen Abend - nach unserer Bildungsfahrt - guckte ich nochmals auf den Platz der Deutschen Einheit. Zunächst stellte ich fest, dass die Mauer noch steht!

Und sonst so? - Es tanzten tolle Frauen mit tollen Titten, es wurde musiziert, man unterhielt sich, man räkelt sich auf dem Rasen oder trank Getränke.



Das Mauer-Denkmal jedoch stand einsam und verlassen auf dem Rasen. Wieder umwickelt mit einem rot-weißen Absperrband aus Plaste, damit sich ja keiner in die Sicherheitszone verirrt...

Text und Foto: Uwe Titscher

Leserbrief

Der Einschätzung der derzeitigen Landtagsopposition im „Herzblatt“ stimme ich zu

Am Beispiel des unqualifizierten Versuchs, der Landesregierung die Maßregelung von Städten und Gemeinden hinsichtlich von Straßenbenennungen aufbürden zu wollen, wird besonders deutlich, wie tief die CDU in Brandenburg mit den Jahren gesunken ist. Ihre Demokratieauffassung erscheint mir im Lichte dieses Antrags mehr als merkwürdig. Der Hexenwahn, von dem Frau Ludwig besessen ist, wirkt abstoßend. Das wird ihre Partei in Brandenburg bei der nächsten Wahl zu spüren bekommen.

Da lob ich mir noch im Nachhinein die Korrektheit und Souveränität, mit der in Cottbus anfangs der Neunziger die Lis-

te der Straßennamen durchgegangen wurde. Dabei schwang sich auch die Cottbuser CDU im Bewusstsein dessen, dass sie ja nicht einfach vom Himmel in eine andere Zeit gefallen war, nicht zum Vormund auf. Unsere Einwände wurden berücksichtigt. Das war ein sauberer demokratischer Vorgang.

Die heutigen, in der Nachwendzeit aufgewachsenen Revisionisten „christlicher“ Couleur sind mit ihrer Vorgängergeneration, wie wir sie damals, mit wenigen Ausnahmen, noch im gegenseitigen respektvollen Umgang erlebt haben, nicht zu vergleichen.

Gert Schlue

Sommer, Sonne ...

Auch in diesem Jahr trafen sich über Pfingsten mehrere hundert GenossInnen und SymphatisantInnen der Partei am Werbellinsee und begingen das traditionelle Pfingsttreffen der Linken. Wie seit vielen Jahren war auch diesmal die Links-



jugend Cottbus aktiv in die Vorbereitung desselben eingebunden und fuhr in einer größeren Gruppe dorthin.

Trotz der langen Abende in der Disko mit DJ Ecco Weber haben wir es in diesem Jahr nicht versäumt, spätestens um 9.00 Uhr zum Frühstück zu erscheinen, denn schon um 10.00 Uhr begann das Programm. So fanden wir uns am Samstagmorgen zum traditionellen Sportfest ein und erkämpften im Volleyball einen 4. Platz und verteidigten im Fußball die Spitze der Tabelle (nachdem man sie umgedreht hat). Die ultimative Nähe zum

See machte es uns natürlich leicht, uns nach der Verausgabung zu erfrischen. Und auch Sonnenmilch hatten wir dabei, womit der alljährliche Sonnenbrand ausblieb. Auch am Sonntag Morgen lohnte das Aufstehen, schließen luden die Saaspower Dixieland Stompers zum Frühschoppen an den Strand.

Für unseren Jugendfreund Marcel hatte das Wochenende einen versöhnlichen Abschluss – völlig überraschend wurde er von Neptun aufgerufen zur Taufe. Nach einem erfolglosen Fluchtversuch und allerlei „leckeren“ Gaben von Neptun wurde er auf den Namen „Sergej Seepferd“ getauft und von den Heschern vom Steg ins kühle Nass befördert.

...Sozialismus

Neben den unpolitischen Veranstaltungen gab es auch eine Reihe von interessanten Diskussionen mit vielen Gästen, die verschiedenste Themen referierten und zum Gespräch bereit standen.

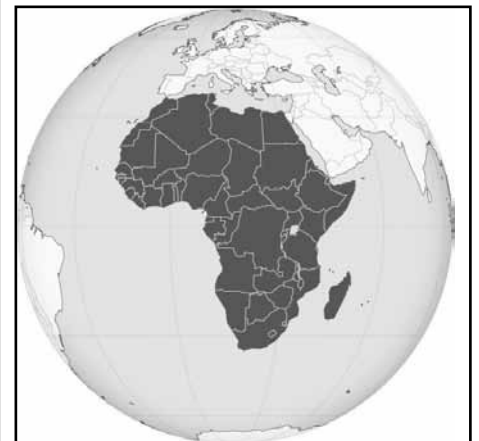
Die Bandbreite reichte von Wahlauswertungen aus Bremen und Baden Württemberg über Wahlausblicke für die Abgeordnetenhauswahl in Berlin, ein Gespräch mit Gesine Löttsch über die „Grundpfeiler“ linker Politik bis hin zu europapolitischen Handlungsfeldern im Gespräch mit Helmut Scholz.

Text und Foto: Sten Marquab

Afrika: Unser Nachbar, unsere Herausforderung

Dass ein wesentlicher Teil unserer Waren und Rohstoffen direkt oder indirekt aus sogenannten Entwicklungsländern, vor allem aus Afrika, stammt, ist hinreichend bekannt. Unter welchen Umständen sie produziert werden und welche Verhältnisse in den Erzeugerländern herrschen, darüber soll in einer Veranstaltung am **16. August um 17.00 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN. Lausitz** berichtet und diskutiert werden.

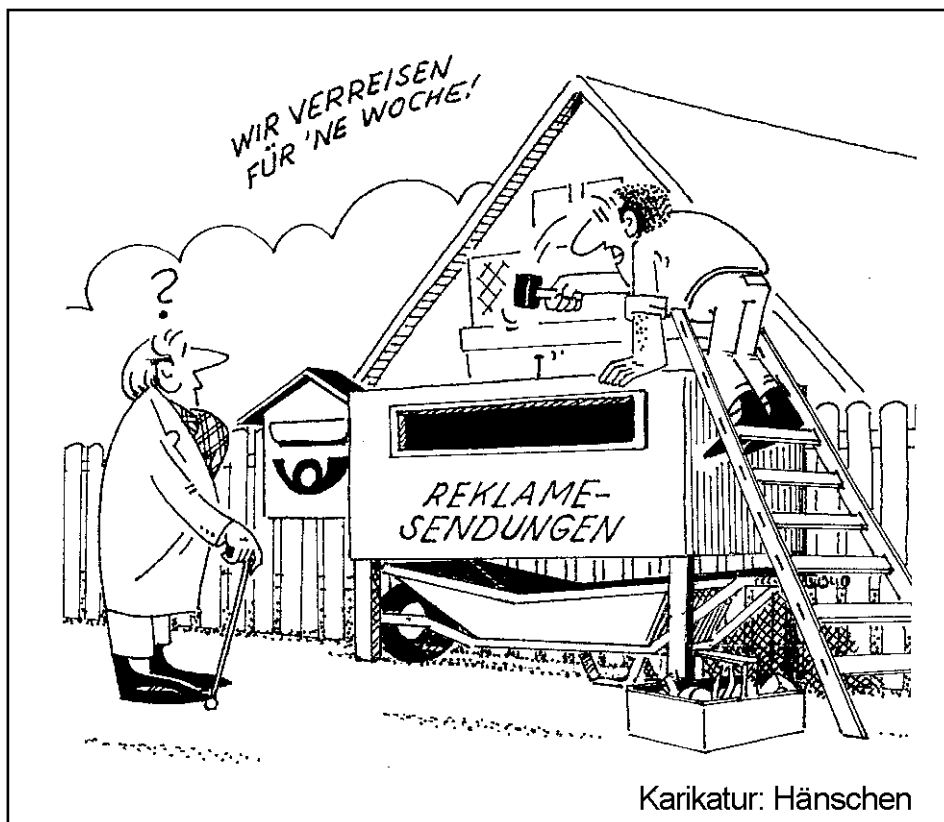
Der Referent, Dr. Günther Rusch, hat sich während seines Berufslebens intensiv mit Afrika befasst: Als Wissenschaftler, als Entwicklungshelfer und als Berater. Er hat mehrere Jahrzehnte zahllose Fachkräfte der Entwicklungszusammenarbeit auf ihre Aufgaben in Afrika vorbereitet und sich im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildung für ein besseres Verständnis für afrikanische Probleme eingesetzt. Seit 2002 ist er im Bereich von Umweltfragen in Afrika Gastdozent an der BTU in Cottbus. Einen Teil des Jahres verbringt er als Dozent und Berater in Westafrika.



Schwerpunkt seiner Ausführungen werden nach einer kurzen Darstellung der Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit solche Länder Afrikas sein, deren Wirtschaft, Gesellschaft und Politik erheblichem ausländischem Druck ausgesetzt sind oder in denen Konflikte eine friedliche Entwicklung nahezu unmöglich erscheinen lassen.

Hierzu laden wir alle interessierten Genossinnen und Genossen recht herzlich ein.

Linksjugend [solid] Lausitz
Bild: www.wikipedia.de



Karikatur: Hänchen

Gedanken zu Energiepositionen in Brandenburg

Dieter Brendahl: Warum eine Bürgerinitiative für den Wandel zur dezentralen Erzeugung und Nutzung regenerativer (erneuerbarer) Energien (über)lebensnotwendig ist.

(Fortsetzung von der Juni-„Herzblatt“-Ausgabe)

Die dabei entfallenden Arbeitsplätze der Energiekonzerne werden mehrfach durch neue Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien ersetzt. Dass diese Arbeitsplätze auch sozialen Erfordernissen entsprechen, verhindert die gegenwärtige Bundesregierung durch Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes. Voraussetzung ist allerdings auch, dass Stadtwerke in kommunalem Eigentum, kommunal- und regionalwirtschaftliche Genossenschaften und Existenzgründer in fairem Wettbewerb der Daseinsvorsorge verpflichtet sind.

Dass dezentrale Energieerzeugung und -versorgung möglich ist, beweisen nicht nur die von Abbaggerung bedrohten Gemeinden im Spree-Neiße-Kreis. Sie erzeugen bereits heute mehr Energie aus erneuerbaren Quellen, als sie selbst verbrauchen. Sie nutzen dafür nur einen Bruchteil des Spektrums der erneuerbaren Quellen, die mit moderner Technik erschließbar sind. In diesen Gemeinden wird der Stillstand von Windkraftanlagen mit Unmut registriert, weil er die Verstopfung des Stromnetzes durch Grundlast aus Braunkohlengroßkraftwerken anzeigt.

Die Cottbuser Wohnungsgenossenschaft plant die Errichtung von neuen Wohngebäuden als Passivenergie- und Plusenergiehäusern.

Die Gubener Solargenossenschaft sucht Anteilseigner und Dächer zur Gestattung der Errichtung von Anlagen für Fotovoltaik.

Entsprechen die Positionen in unserem Kreisverband schon den Energiepositionen der Partei DIE LINKE., wie sie im Beschluss des Parteivorstandes vom 30. April enthalten sind?

Zitat: „DIE LINKE. fordert eine soziale Energiewende. Das setzt voraus, mit der Macht der Energiekonzerne zu brechen. Ihre Profite müssen auch der Finanzierung einer Energiewende und von Sozialtarifen für Menschen mit geringem Einkommen dienen. Hierzu muss die staatliche Energiepreisaufsicht wieder eingeführt werden. Wir streiten für den sofortigen Einstieg in den Atomausstieg.

Wir streben an, eine zukunftsgerechte Ausrichtung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und eine dezentrale Erzeugung und Verteilung sicherzustellen. Erforderlich ist die Rekommunalisierung der Energieversorgung, denn Strom gehört nicht an die Börse, sondern in die Hand der Bürgerinnen und Bürger. Die ökologische Frage ist für uns untrennbar mit der sozialen Frage verbunden. Umweltbewusstsein darf nicht denjenigen vorbehalten sein, die es sich leisten können.

DIE LINKE. ist die einzige Partei, die die Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Eigentum stellt. Deshalb fordern wir, dass wirtschaftliche Entscheidungen einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Insbesondere sprechen wir uns gegen weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (von Energie, von Bildung, von Gesundheit, von Wohnungen, von Wasser und Abwasser, von kommunalen Betrieben) aus. Wir wollen endlich das Eigentum in den Besitz der Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Das heißt besonders in der Region: Radikaler Privatisierungsstopp!“

Der gegenteilige Weg ist gegenwärtige Regierungspolitik: Neue Braunkohlengroßkraftwerke mit kosten- und

energieaufwendiger CO₂-Vermüllung werden gefördert. Die Konzentration von Offshore-Windkraftanlagen in der Hand der Konzerne wird gestützt. Teure Hochspannungsleitungen quer durch das Land in nichtöffentlichem Eigentum werden gefordert, um den Strom dahin zu transportieren, wo durch Konzerneinfluss die Genehmigung für die Errichtung von regionalen Windkraftanlagen verweigert wird und energieintensive Industriekonzerne sich nicht an Investitionen in erneuerbare Energien beteiligen.

Die Bevölkerung wird an der Nase herum geführt: Während die Konzerne zu billigen Arbeitskräften abwandern dürfen, verweigern sie die Verlegung beispielsweise der energieintensiven Aluminiumindustrie an Standorte zu den Offshore Windparks.

An Stelle gesetzlicher Vorgaben zur Errichtung von Energiespeichern für den Ausgleich der Schwankungen von Wind- und Sonnenergie, wird der Forderung der Energiekonzerne nach Großkraftwerken zur Aufrechterhaltung des Versorgungsmonopols mit fossiler Grundlast nachgegeben. Das Ganze unter dem Vorwand der Versorgungssicherheit mit bezahlbarer Energie!

Für wen bezahlbar?



Jeder Energiekonzern hat mindestens einen Weihnachtsmann, der „Geschenke“ verteilt. Hier in Berlin hat er ein Gerüst mit Riesenposter im Wert von mehr als 40 000 Euro gebracht. Die Rute hält er unter vielen Anderen für diejenigen bereit, die ihre Heimat nicht zu Gunsten von Braunkohletagebauen aufgeben wollen.

Foto: Dieter Brendahl

Bücherherbst 2011

Neuer Veranstaltungsplan des Kulturvereins „Bücherei Sandow e. V.“

Der Kulturverein „Bücherei Sandow e.V.“ hat zum Bücherherbst 2011 wieder Autoren eingeladen, die ihre neuen Bücher in Lesungen vorstellen.

Wir präsentieren interessantes Neues, vielfältig Buntes, Sagenhaftes und Magie. Ernstes und Amüsantes ist zu erleben.

Zum Weltfriedenstag, am Donnerstag, dem **1. September**, 17.00 Uhr, sind Lieder und Gedanken über unsere Welt, die Suche nach Frieden und Verständigung im Großen und Kleinen vom sorbischen Liederpoeten Bernd Pittkunings zu erleben. Er stellt seine „Nachdenklichkeiten – Mysliwosci“ als Buchlesung mit Musik vor.

Am Donnerstag, dem **13. Oktober**, 17.00 Uhr, freuen wir uns auf die Autorenlesung mit Kirsten Spott, Dresden.

Mit „Merlins Erben“ gehen wir auf eine Reise durch die Zeiten – eine Reise zwischen zwei Welten, der der Kelten und der unseren, der „Heutezeit“. Es geht wunderlich und geheimnisvoll zu.

Wir begleiten zwei junge Menschen auf eine Art Entdeckungsreise und erleben Magisches.

Am **10. November** – wiederum einem Donnerstag um 17.00 Uhr begrüßen wir Ingeborg Arlt, Brandenburg. Sie stellt ihr



Buch „Nebenfrau“ vor. Ein Erzählband, in dem zwölf Geschichten wiederum eine Geschichte ergeben. Die Autorin macht mit Witz, gelegentlich mit Schärfe Übersehene und Übersehenes sichtbar. Wie sie geltende Norm als statistischen Durchschnitt entlarvt, ist bei allem Ernst

der behandelten Themen im höchsten Maß vergnüglich. Bei allem: Die Würde ihrer Figuren verteidigt sie stets.

Übrigens: Ingeborg Arlt ist eine Freundin „unserer“ Dorothea Kleine, und sie ist mit der international bekannten Gubener Malerin Sigrid Noack befreundet. Zu den letzten unvollendeten Erinnerungen: „Geh nicht so fügsam in die dunkle Nacht“ von Dorothea Kleine hat Ingeborg Arlt das Vorwort geschrieben.

Schließlich laden wir am Donnerstag, dem **8. Dezember** um 16.00 Uhr zum „Advent mit dem Kulturverein“ ein. Es wird verschiedene Überraschungen bei Glühwein und Weihnachtsgebäck geben.

Alle Veranstaltungen finden in den Räumlichkeiten beziehungsweise im Vorraum der Bücherei am neuen Standort, Muskauer Straße 1, im Souterrain der Christoph-Kolumbus-Schule statt.

Im Namen des Vorstandes des Vereins laden wir recht herzlich ein!

Gudrun Hibsich, Vereinsvorsitzende

Die Fotolegende Erich Schutt wurde 80

Seine Bilder: Zeitgeist für Aufbaujahre und Würde der Menschen

Als Lausitzer Urgestein ist er am 21. Juni 1931 in Vetschau geboren.

Bei seinem 80. Geburtstag in Cottbus im Kreis der Familie gratulierten seine Zunftgenossen, Heimatforscher und Wegbegleiter der „alten“ „Lausitzer Rundschau“ dem Foto-Graf seit erster Stunde der „Rundschau“ nach Umzug von Görlitz 1953 nach Cottbus.

Seine Bilder stehen symbolhaft für die Jahre des Aufbaus der Lausitz zum Energiezentrum der DDR, vor Zeiten des Abbruchs und Plattmachens. Seine Suche und Wahl des Standpunktes und der Perspektive sowie hohe Achtung der Würde hart arbeitender Menschen ließen ihm Fotos gelingen, die als Kunst im Gedächtnis bleiben, so aus dem legendären Winterkampf 1972 um die Braunkohle in der Lausitz.

Viele gingen ein in Bildbände, Jahrbücher oder Kalender über Spreewald, Stadtgeschichte von Cottbus, Parkspuren des Fürsten Pückler, Sitten und Bräu-

che der Sorben, Ausstellungen wie der Gruppe „Signum“ auf dem Gut Geisendorf mit schöpferischen Fotografien aus der DDR auf seinen Impuls.

Als ein Gruppenfoto von hoher Leiter im Garten entstand, erinnerten die Gäste sich an sein „Markenzeichen“ bei vielen Großveranstaltungen: Erich mit der Leiter. Von Hand zu Hand ging auch der druckfrische „Nowy Casnik“, mit Fotos von ihm, die er am 19. Juni in Casel beim sagenhaften Johannisreiten gemacht hatte.

Die Caseler mit Johannisreitern waren unter den Gratulanten. Die offizielle „Rundschau“ nutzt gern Archivfotos von Erich zur Eigenwerbung. Seinen Ehrentag vergaß

sie und reagierte einen Tag später mit einer Bildnachricht. Das sind Blattmacher vom Medienkonzern Nr. 4 im vereinten Deutschland.

Walter Schulz



Joachim Telemann gratuliert Erich Schutt. Im Hintergrund dazwischen Manfred Georgi, der auch schon im gehobenen Alter ist, und links Walter Schulz Foto: Harald Müller

Termine

EINLADUNG!

Am 23.7. ab 15.00 Uhr
findet das

Sommerfest DIE LINKE. Cottbus
in der Freizeitoase am Amtsteich
statt.

Gast: Klaus Ernst
Wir freuen uns auf Euch!

DIE LINKE.
Kreisverband Lausitz

- 28.7. 18.00 Uhr Kreisvorstand**
Geschäftsstelle
- 9.8. 18.00 Uhr AG Soziales**
Geschäftsstelle
- 10.8. 9.30 Uhr AG Geschichte**
Geschäftsstelle
- 16.8. 17.00 Uhr Afrika: Unser Nachbar, unsere Herausforderung**
Referent: Dr. Günther Rusch
Geschäftsstelle
- 23.8. 14.00 Uhr „Fiesta de Solidaridad“**
Parkaue in Berlin-Lichtenberg
- 27.8. Bundeskonferenz Kommunalpolitik**
Hannover
- 29.8. 18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle
- 1.9. 17.00 Uhr Nachdenkliches zum Weltfriedenstag**
Bernd Pittkunings stellt seine
„Nachdenklichkeiten – Mysliwosci“ als Buchlesung mit Musik
vor.
„Bücherei Sandow e.V.“
- 5.9. 18.00 Uhr Fraktionssitzung**
Geschäftsstelle
- 8.9. 10.00 Uhr AG Senioren**
Geschäftsstelle
- 10.9. 10.00 Uhr Vortrag Egon Krenz „50 Jahre 13. August“**
„Brandenburger Hof“
- 13.9. 18.00 Uhr AG Soziales**
Geschäftsstelle

Wir gratulieren allen GenossInnen, die in den kommenden Tagen ihren Geburtstag feiern

Juli

- zum 94.** Max Balting (27.7.)
- zum 90.** Walter Neugebauer (30.7.)
- zum 88.** Dora Richter (18.7.)
Heinz Schellenberger (22.7.)
- zum 85.** Erika Blum (19.7.)
- zum 83.** Heinz-Dieter Barsig (25.7.)
- zum 82.** Adelheid Haufe (19.7.)
- zum 80.** Helmut Polenz (22.7.)

August

- zum 91.** Gerhard Schulze (17.8.)
- zum 88.** Ursula Berger (15.8.)
Kurt Newiak (16.8.)
- zum 87.** Heinz Kluge (3.8.)
- zum 86.** Hildegard Topel (19.8.)
- zum 84.** Berta Stephan (3.8.)
Karl Herfurt (5.8.)
- zum 83.** Gisela Gold (11.8.)
Minna Baumann (23.8.)
- zum 82.** Ilse Haiasch (5.8.)
Heinrich Lehmann (17.8.)
- zum 81.** Helene Janetzko (8.8.)
- zum 75.** Ruth Schellhaas (9.8.)
Jutta Schneider (20.8.)
Walter Schulz (28.8.)
Martha Noska (30.8.)
- zum 60.** Wolfgang Federau (26.8.)
- zum 50.** Mario Henke (10.8.)

Geburtstage sind etwas Herrliches!
Je mehr man davon genießt,
desto älter wird man!

Willy Meurer

September

- zum 85.** Gerhard Schmiedel (11.9.)
Karla Gutermuth (13.9.)
- zum 84.** Edeltraud Schönecker (9.9.)
- zum 83.** Gerd Heinrich (14.9.)
- zum 82.** Helga Meyer (2.9.)
Margot Meißner (4.9.)
- zum 81.** Günter Jank (10.9.)
- zum 80.** Horst Wieloch (4.9.)
Alfred Türpe (7.9.)
- zum 75.** Gerhard Burkel (5.9.)
- zum 65.** Rudi Krüger (10.9.)



Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Kreisvorstand
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: André Groß

Redaktion: Annely Richter, Horst Wiesner

E-Mail: herzblatt@linkspartei-cottbus.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de

Redaktionsschluss September-Ausgabe:

20. August